

Lösch, Dieter

Article — Digitized Version

Das westliche Chinabild ist korrekturbedürftig

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lösch, Dieter (1996) : Das westliche Chinabild ist korrekturbedürftig, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137309>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das westliche Chinabild ist korrekturbedürftig



Dieter Lösch

Vor der Wende zum 21. Jahrhundert, in dessen Mitte China das wirtschaftliche Niveau der entwickelten Industrieländer erreichen will, schwankt das westliche Chinabild zwischen extremen Stereotypen. Während die einen angesichts der spektakulären wirtschaftlichen Erfolge von einem chinesischen Wirtschaftswunder und einem Musterfall einer gelungenen Systemtransformation sprechen und deshalb den Unternehmen dringend ein Engagement auf diesem großen, rapide wachsenden Markt empfehlen, betrachten andere, mit Blick auf die politischen und sozialen Verhältnisse, das Riesenreich in erster Linie als menschenrechtsverachtende Diktatur, welche durch wirtschaftlichen Boykott zur Demokratisierung zu zwingen sei. Diese höchst unterschiedliche Bewertung der chinesischen Wirklichkeit ist angesichts der gegensätzlichen Eindrücke und Fakten, mit denen sich Beobachter in China konfrontiert sehen, verständlich. Die Dynamik der Küstenregionen, insbesondere der an Hongkong angrenzenden Sonderwirtschaftszone Shenzhen, ist so beeindruckend, daß man darüber leicht nicht nur die zahlreichen gravierenden Probleme übersieht, mit denen die chinesische Wirtschaft zu kämpfen hat, sondern auch die Tatsache, daß das Land nach wie vor eine kommunistische Diktatur ist.

Aus Sicht der Weltbank sind die chinesischen Wirtschaftsdaten für 1995 brillant. Trotz der Stabilisierungsanstrengungen wird ein Wachstum des Sozialprodukts von knapp 10% erwartet. Das Geldmengenziel wurde erreicht, und das geplante Budgetdefizit von 2% des Sozialprodukts nur unwesentlich überschritten. Die Auslandsverschuldung und der Schuldendienst weisen im internationalen Vergleich ungewöhnlich niedrige Werte auf. Der Außenhandelsüberschuß stieg auf fast 20 Mrd. \$, und die Devisenreserven erhöhten sich auf circa 75 Mrd. \$. So gesehen ist China ein Wirtschaftswunderland. Die Kehrseite der Medaille sind - neben der anhaltend hohen, von Subventionen der Staatsbetriebe in Höhe von 5 bis 7% des Sozialprodukts gespeisten Inflation - zunehmende Verteilungsungleichheit und wachsende regionale Disparitäten. Diese Fehlentwicklungen wurden zwar von den Reformern vorausgesehen und als unvermeidlich in Kauf genommen. Einige Personen und Provinzen sollten sich durchaus bereichern dürfen, um so die materielle Basis für ein besseres Leben für alle zu schaffen. Als Folge entstanden jedoch soziale Spannungen und ein zunehmender Egoismus der florierenden Provinzen, welche nur höchst widerstrebend Steuern an die Zentrale in Peking abführen und heftig um ausländische Direktinvestitionen konkurrieren. Daß dadurch die staatliche Einheit Chinas bedroht ist, dürfte allerdings eine Übertreibung westlicher Beobachter sein, die das chinesische Nationalbewußtsein unterschätzen.

Eine größere Gefahr für den inneren Frieden stellen jedoch die über 200 Mill. ländlichen Arbeitslosen dar, von denen viele auf Arbeitsuche in die Städte wandern und dort, zusammen mit den von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten maroder Staatsunternehmen, ein gefährliches Unruhepotential bilden. Dies hat dazu beigetragen, daß die Sanierung des Staatssektors - in dem noch rund ein Drittel der Erwerbstätigen Arbeit haben und circa 45% der Industrieproduktion erstellt werden, wobei in mindestens einem Drittel der Betriebe Verluste entstehen - immer wieder verschoben wird. Man schätzt, daß zumindest jeder sechste der im Staatssektor Beschäftigten überflüssig, also „versteckt arbeitslos“ ist. Zwar wird gegen-

wärtig versucht, die staatlichen Großkonzerne zu dezentralisieren und durch Schließung unproduktiver Teilbereiche zu sanieren – eine radikale Stilllegung verlustbringender Betriebe ist jedoch offenbar nicht durchsetzbar, zumal in den alten Industrieregionen und einigen Städten sogar noch bis zu 80% der Menschen im Staatssektor tätig sind. Gewisse Fortschritte sind dagegen bei der Reform des Bankensystems zu verzeichnen. Weitere Reformschritte dürften noch in diesem Jahr im Bereich der Außenwirtschaft erfolgen, und zwar die Absenkung des noch sehr hohen Zollniveaus von durchschnittlich rund 35% auf circa 23% zur Vorbereitung des angestrebten Eintritts in die WTO.

Angesichts der offensichtlichen Unmöglichkeit, das Problem des Staatssektors mittelfristig zu lösen, kann man durchaus Zweifel haben, ob das hohe Wachstumstempo auch langfristig durchzuhalten sein wird. Dies wäre jedoch erforderlich, wenn China in der ersten Hälfte des heraufkommenden Jahrhunderts das Niveau der heutigen Schwellenländer erreichen will. Denn nach wie vor sind Entwicklungsstand und Lebensstandard außerordentlich niedrig. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt noch (ohne Berücksichtigung von Kaufkraftunterschieden) unter 1000 DM pro Jahr – das sind weniger als 2,5% des Pro-Kopf-Einkommens in Deutschland. Die Infrastruktur ist – teilweise auch in den Küstenregionen – noch unzureichend entwickelt. Engpässe in diesem Bereich könnten das Wachstumstempo künftig beeinträchtigen. Auch die nun auf den 1. April verschobene Aufhebung der Steuerfreiheit für Investitionsgüterimporte von Joint ventures könnte zu einem Rückgang der Auslandsinvestitionen führen und dadurch die Wachstumsdynamik beeinträchtigen. Dann wird es aber noch schwieriger werden, die überfälligen Reformen des Staatssektors, bei denen es in einem größeren Ausmaß als bisher Verlierer geben wird, zu verwirklichen.

Daß Dengs gradualistische Transformationsstrategie bisher so erfolgreich war, spricht keineswegs generell für ein langfristig orientiertes, schrittweises Vorgehen bei der Einführung der Marktwirtschaft. China ist kein Musterfall, sondern ein Sonderfall der Systemtransformation. Seine Transformationspolitik konnte in den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften sowie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht imitiert werden. Der wichtigste Grund ist, daß in China die Reforminitiative von der Spitze einer in ihrer Herrschaft ungefährdeten kommunistischen Partei ausging. Zudem darf man nicht übersehen, daß China den schwierigeren Teil des Systemumbaus, die Überführung der Staatsbetriebe in die Marktwirtschaft, noch vor sich hat.

So vorteilhaft wie das autoritäre System für die zügige Systemtransformation auch war, auf Dauer könnte es den Transformationserfolg gefährden. Noch allerdings halten viele Chinesen die Aufrechterhaltung von Stabilität und Ordnung im Zuge eines sich mit atemberaubender Geschwindigkeit vollziehenden Wandels für das vorrangigste aller politischen Ziele. Diese Einstellung kann man nur vor dem Hintergrund der traumatischen Erfahrungen dieses Volkes mit der Kulturrevolution verstehen. Und unter dem Eindruck der Ereignisse auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ im Juni 1989 ist auch die Entschlossenheit des Staates enorm gewachsen, alle Bestrebungen in Richtung auf demokratische Reformen mit brutalen Repressionen schon im Keim zu ersticken.

Trotz dieser Repressionen und trotz fehlender Demokratie verfügen die Chinesen heute über größere individuelle Freiräume als je zuvor unter kommunistischer Herrschaft. Konkrete Mißstände wie Korruption und Nepotismus der Nomenklatura, Kriminalität, Zwangsumsiedlungen sowie Polizei- und Behördenwillkür werden von ihnen überdies als weitaus belastender als fehlende demokratische Partizipationsrechte empfunden. Angesichts der insgesamt zu beobachtenden Entwicklung in Richtung mehr „Liberalität“ wäre es aber ebenso falsch, China nur als menschenrechtsverachtenden Polizeistaat zu boykottieren wie als das Wirtschaftswunderland der unbegrenzten Möglichkeiten zu betrachten und seine enormen wirtschaftlichen und sozialen Probleme und die daraus resultierenden Risiken für die künftige Entwicklung zu übersehen. Das Land hat seinen Platz in einer immer enger zusammenwachsenden Welt noch nicht endgültig gefunden. Wahrscheinlich wird seine Rolle im heraufkommenden Jahrhundert aber sehr bedeutend sein. Um darauf vorbereitet zu sein, ist es an der Zeit, die vorherrschenden Klischees zu überwinden und zu einem realistischen Chinabild zu gelangen.